STADT BIELEFELD
- Stadtentwicklungsausschuss -
- Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz -
- Bezirksvertretung Mitte -

Sitzung Nr.
StEA/059/2020
AfUK/051/2020
BVMI/056/2020

Niederschrift

über die Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses, gemeinsam mit dem Ausschuss für Umwelt- und Klimaschutz und der Bezirksvertretung Mitte

am 06.02.2020

Tagungsort: Großer Saal im Neuen Rathaus

Beginn: 15:30 Uhr
Ende: 16:55 Uhr

Anwesend Stadtentwicklungsausschuss:

CDU
Herr Lange
Herr Nettelstroth
Herr Nolte, Stellv. Vorsitzender
Frau Steinkröger
Herr Strothmann

SPD
Frau Brinkmann
Herr Fortmeier, Vorsitzender
Herr Franz
Herr Frischemeier
Herr Heimbeck

Bündnis 90/Die Grünen
Herr Godejohann
Herr Gorny
Herr Julkowski-Keppler

Bielefelder Mitte
Herr Schönberner

FDP
Frau Wahl-Schwentker

Die Linke
Herr Ridder-Wilkens

Beratende Mitglieder

Lokaldemokratie in Bielefeld
Herr Gugat

Bürgernähe/Piraten
Herr Heißenberg

BfB
Herr Krollpfeiffer

Anwesend Ausschuss für Umwelt- und KIlimaschutz:

CDU
Herr Wilhelm Kleinesdar
Herr Carsten Krumhöfner
Herr Holger Nolte
Herr Alexander Rüsing — Stellv. Vorsitzender
Frau Carla Steinkröger

SPD
Herr Sven Frischemeier
Herr Ole Heimbeck
Frau Regina Klemme-Linnenbrügger
Frau Anne Catrin Rudolf

Bündnis 90/Die Grünen
Herr Klaus Feurich
Herr Michael Gorny
Herr Jens Julkowski-Keppler — Vorsitzender

Bielefelder Mitte
Herr Markus Schönberner

FDP
Herr Gregor Spalek

Die Linke
Herr Matthias Benni Stiesch

Beratende Mitglieder
Herr Friedhelm Donath — anwesend bis ca. 16:35 Uhr
Herr Cemil Yildirim — Anwesend bis ca. 16:30 Uhr

Anwesend Bezirksvertretung Mitte:

Vorsitz
Herr Hans-Jürgen Franz

CDU
Frau Alexandra Heckeroth
Herr Jan-Helge Henningsen
Herr André Langeworth
Herr Hartmut Meichsner

SPD
Herr Tim Bevan
Frau Heike Mertelsmann
Frau Veronika Rosenbohm
Herr Frederik Suchla

Bündnis 90/Die Grünen
Herr Dieter Gutknecht
Herr Ingo Kleinekathöfer
Herr Matthias Löseke

FDP
Herr Franz-Josef Tewes

Die Linke
Frau Marita Krüger
Herr Rüdiger Linde
Herr Peter Ridder-Wilkens

Nicht anwesend:

Herr Peter Wolff	BfB
Herr Gerald Gutwald	Bündnis 90/Die Grünen
Frau Sabine Zeitvogel	Bündnis 90/Die Grünen

Verwaltung:

Herr Moss	Beigeordneter Dez. 4
Herr Imkamp	Stab Dez. 4
Frau Nettelstroth	Rechtsamt
Herr Walkenhorst	Stab Dezernat 3
Herr Wörmann	Umweltamt
Herr Reidel	Umweltamt
Frau Kurze	Umweltamt
Herr Lewald	Amt für Verkehr
Herr Tobien	Büro des Oberbürgermeisters und des Rates

Schriftführung:

Frau Ostermann	Bauamt

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Herr Fortmeier begrüßt die anwesenden Mitglieder des Stadtentwicklungsausschusses, des Ausschusses für Umwelt- und Klimaschutz und der Bezirksvertretung Mitte und teilt mit, dass er in Abstimmung mit den Vorsitzenden dieser Gremien den Vorsitz dieser gemeinsamen Sitzung übernehmen werde. Die Schriftführung der Sitzung werde von Frau Ostermann übernommen.

Sodann stellt er die Beschlussfähigkeit des Stadtentwicklungsausschusses sowie die form- und fristgerechte Einladung zur Sitzung fest. Herr Julkowski-Keppler und Herr Franz verfahren für ihre Gremien entsprechend.

Die Ausschüsse und die Bezirksvertretung nehmen Kenntnis und sind einverstanden.

-.-.-

Zu Punkt 1 **Luftreinhalteplan Bielefeld - Beitrag der Stadt Bielefeld zu den Vergleichsverhandlungen zwischen dem Land Nordrhein-Westfalen und der Deutschen Umwelthilfe**

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer: 10157/2014-2020

Frau Wahl-Schwentker habe gestern die Verwaltung aufgefordert, dass Schreiben der Landesregierung vorzulegen aus dem sich ergebe, dass man einen Vergleichsvorschlag machen wolle.

Herr Moss erinnert, dass es seit 2014 einen Luftreinhalteplan für Bielefeld gebe. Die Bezirksregierung Detmold sei verpflichtet diesen fortzuschreiben. Im Zuge dieser Fortschreibung werde die Stadt Bielefeld als betroffene Kommune beteiligt. Dazu gebe es einen Arbeitskreis, der dazu verschiedene Vorschläge entsprechend der politischen Beschlusslage erarbeitet habe. Bielefeld gehöre zu den Kommunen, bei denen das Land NRW und die Deutsche Umwelthilfe (DUH) Vergleichsverhandlungen zu den Luftreinhalteplänen vereinbart haben. Die Stadt Bielefeld sei gebeten worden mit einem Maßnahmenkatalog in diese Vergleichsverhandlungen einzutreten. Auf der Internetseite des Landesamtes für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW (LANUV) finde man die Absichtserklärung mit allen betroffenen Kommunen und der DUH in Vergleichsverhandlungen einen Ausgleich herbeizuführen.

Herr Stiesch teilt mit, dass seine Fraktion der Vorlage zustimmen werde. Allerdings habe er noch anzumerken, dass sie in der letzten Sitzung des Ausschusses für Umwelt- und Klimaschutz gebeten haben, überall in der Stadt die Werte zu messen. Es sei festzustellen, dass die Kommunen die schwächsten Glieder in der Kette seien und am wenigsten Einfluss nehmen können. Die Vorgaben der EU und der Landesregierung seien gut. Man dürfe nicht nur auf den Verkehr sehen, man müsse auch den Menschen im Blick behalten. Man möchte daher den ÖPNV stärker aufbauen. Ihn habe irritiert, dass er heute in der Zeitung gelesen habe, dass Bielefeld keinen hochwertigen ÖPNV habe. In Bielefeld wachsen die Autozahlen trotz des gestiegenen Umweltbewusstseins. Es gebe auch immer größere Autos. Hier könne jedoch eine Kommune nicht regulieren. Hier seien Vorgaben der EU und der Bundesregierung erforderlich. Man fühle sich als Kommune unter Zwang gesetzt, obwohl man vieles nicht zu verantworten habe.

Herr Frischemeier ist der Auffassung, dass die Maßnahmen gut gewählt seien. Man brauche kurzfristige Maßnahmen, die schnelle Erfolge bewirken und eben auch langfristige Maßnahmen. Die SPD-Fraktion werde dem Beschlussvorschlag zustimmen.

Für Frau Wahl-Schwentker sei die Verkehrs- und Luftreinhaltepolitik in Bielefeld sehr dilettantisch gelaufen. Die Kooperation habe Maßnahmen in die Wege geleitet, die gescheitert seien. Spätestens seit der Linie 5 wisse man, dass es sich bei einem Drittel des Verkehrs auf dem Jahnplatz um Durchgangsverkehr handele. Die FDP habe daher bereits seit vielen Jahren vorgeschlagen, den Verkehr von der Stapenhorststraße frühzeitig umzuleiten. Hier sei nichts passiert. Den ÖPNV und den Radverkehr habe man nicht richtig vorangebracht. Man habe sogar Förder-

mittel verfallen lassen. Mit heißer Nadel und ohne jede städteplanerische Expertise werde der Jahnplatzumbau vorangetrieben. Heute solle man allem zustimmen, weil der „Abmahnverein" DUH Klage eingereicht habe. Es sei zu betonen, dass in 2019 die Grenzwerte eingehalten wurden und dieses auch für 2020 zu erwarten sei. Man wolle nicht, dass dieser Verein DUH die Aufsicht über diese Stadt übernehme. Sie werden dem Beschlussvorschlag nicht zustimmen.

Herr Nettelstroth teilt mit, dass seine Fraktion ebenfalls nicht zustimmen werde. In NRW gebe es eine Vielzahl von Kommunen mit einer ganz anderen Belastungssituation. Da die Grenzwerte eingehalten wurden, sehe man keine Notwendigkeit für einen Vergleich. Perspektivisch werden die Grenzwerte durch den technischen Fortschritt weiter sinken. Wenn man den Vergleichstext lese, bedeute dieses, dass jetzt umfangreich gemessen werden soll. Wenn es dann Überschreitungen gebe, werden diese nicht mit der betroffenen Kommune, sondern mit der Deutschen Umwelthilfe besprochen. Dieses werfe die Frage nach dem Selbstbestimmungsrecht der Kommune auf. Vor dem Hintergrund Immissionsschutz wolle man hier die Fahrzeuge aus der Innenstadt verbannen.

Herr Moss bezieht sich auf den Hinweis, dass Bielefeld keinen hochwertigen ÖPNV habe. Sicher sei der ÖPNV noch verbesserungsfähig sei. In Bielefeld erfolge ein ausgewogener und vernünftiger Ausbau des ÖPNV. Es müsse nur auch alles finanzierbar sein. Die DUH sei deutlich resoluter und habe einen ganz anderen Forderungskatalog formuliert. Für die Messungen der Grenzwerte in der Stadt sei alleine das Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW (LANUV) zuständig. Diese legen die Messpunkte in Absprache mit der Stadt fest. Zum Jahnplatz stelle er die Frage, was passiert wäre, wenn man den Verkehrsversuch nicht durchgeführt hätte. Wenn man die Verkehrsbelastung so belassen hätte, wie sie damals war, hätte man die Grenzwerte niemals eingehalten. Dann hätte die DUH darauf gepocht, in Bielefeld Fahrverbote durchzusetzen. Die DUH schiebe die Einhaltung der Grenzwerte in Bielefeld auf die günstigen Wetterbedingungen in 2019. Man müsse sich argumentativ mit der DUH auseinandersetzen. Langfristig möchte man das Mobilitätsverhalten verändern. Inzwischen werde jede 5. Verkehrsbewegung zu Fuß zurückgelegt mit steigender Tendenz. Man müsse allen Verkehrsarten gerecht werden. Der Luftreinhalteplan sei keine freiwillige Selbstverpflichtung der Stadt Bielefeld. Man befinde sich in der Fortschreibung des bestehenden Luftreinhalteplanes. Es sei politischer Konsens in dieser Stadt, dass man Anstrengungen unternehme, um keine Umweltplakette zu bekommen. Es gebe inzwischen genügend Städte, die Umweltzonen haben. Eine Umweltplakette sei sozial nicht fair, weil es noch viele Menschen mit Fahrzeugen gebe, die noch keine grüne Plakette bekommen. Diese müssten Sondergenehmigungen beantragen, wenn sie in die Umweltzonen hereinfahren wollen. Viele Handwerksbetriebe unterhalten noch Fahrzeugflotten, die dieser Norm nicht entsprechen. Diese müssten dann für jede Fahrt in die Umweltzone eine Genehmigung beantragen. Bei der Aufstellung des Luftreinhalteplanes habe man sich seinerzeit zu Maßnahmen durchgerungen, die auch sehr unpopulär waren, z.B. das Verbot für LKW größer 20 t auf der Stapenhorststraße.

Herr Ridder-Wilkens stellt fest, dass sich alle einig seien, dass man eine Mobilitätswende und eine Reduzierung des Autoverkehrs in der Innenstadt brauche. Man benötige den Ausbau des ÖPNV und die Förderung des Radverkehrs durch den Ausbau der Radwege. Hier widerspreche auch die CDU nicht, sie habe ja auch in einem Antrag für die gleich folgende Ratssitzung ein 365 €-Ticket für den ÖPNV gefordert. Das gleiche gelte für die FDP, die sich stark für das Schülerticket für 29 € eingesetzt habe. Diese Maßnahmen dienen dazu, den ÖPNV attraktiver zu machen. Seine Fraktion hatte gefordert, eine Stadtbahn auf dem Jahnplatz oberirdisch einzuplanen. Dieses habe leider keine Mehrheit gefunden. Im Vordergrund stehe bei den Messwerten die Gesundheit der Bevölkerung. Es könne nur gut sein, die Grenzwerte auch ganz weit zu unterschreiten. Die DUH sei ein gemeinnütziger Verein, der Autohändler abmahne, die falsche CO2-Angaben machen. Dieses könne nicht verkehrt sein. Seine Fraktion unterstütze den Vergleichsvorschlag. Sie sehen es auch als eine Art externes Controlling an. Das Verfahren an sich sei stimmig.

Herr Julkowski-Keppler erinnert, dass die Bielefelder Politik schon lange vor der Klage der DUH die Verantwortung für die Luftschadstoffbelastung übernommen habe. Es wurden entsprechende Maßnahmen eingeleitet, damit die Menschen in Bielefeld in sauberer Luft leben können. Man habe Beschlüsse gefasst, damit die Grenzwerte in Bielefeld eingehalten werden können. Aus dem Luftreinhalteplan der Bezirksregierung Detmold ergebe sich, dass die Grenzwerte am Bielefelder Jahnplatz eingehalten werden, weil durch den Verkehrsversuch weniger Autos über den Platz fahren. Auf dieser Seite stehe auch, dass der Umbau des Jahnplatzes zwingend notwendig sei, um langfristig die Grenzwerte einzuhalten. Man müsse zur Kenntnis nehmen, dass die Schadstoffbelastungen gesunken sind, weil weniger Fahrzeuge über den Jahnplatz fahren. Er lobe die Verwaltung dafür, dass heute die Möglichkeit besteht über den Maßnahmenkatalog abzustimmen. Seine Fraktion werde heute der Vorlage zustimmen, weil sie den richtigen Weg zeige.

Frau Wahl-Schwentker fragt, was wäre, wenn es keinen Verkehrsversuch gegeben hätte. Man hätte bereits vor einigen Jahren den Verkehr großräumig um den Jahnplatz herumleiten können. Man hätte ebenfalls vor Jahren P+R Parkplätze anlegen können. Auch von außerhalb müssen die Menschen in die Stadt kommen können. P+R Parkplätze wurden immer abgelehnt in dieser Stadt. Man hätte bereits vor Jahren intelligente Verkehrsleitsysteme einführen können und Parksuchverkehre vor vielen Jahren eindämmen können. Immer wieder waren „grüne Wellen" gefordert worden. Fördermittel für Radwege seien sogar verfallen, weil die Verwaltung nicht richtig aufgestellt war. Es seien so viele Versäumnisse passiert. Es sei ganz offensichtlich, dass die Kontrolle an die DUH abgegeben werde. Es spiele keine Rolle, wer die Impulse gebe. Die Grenzwerte seien unterschritten, man brauch daher den Vergleich nicht.

Für Herrn Meichsner stelle sich die Frage, was eigentlich der Luftreinhalteplan Wert sei. Ein ökologisches Baustellenmanagement werde nicht durchgeführt, obwohl es verpflichtend im ersten Luftreinhalteplan drinstehe. Fraglich sei auch, warum die grüne Welle nicht durchgeführt wurde, obwohl sie der Leichtigkeit des Verkehrs diene. Dieses seien wesentliche Punkte, die zu einer entsprechenden Entlastung in der Innenstadt geführt hätten. Seine Fraktion habe regelmäßig gefordert, dass Linksabbiegen in die Stapenhorststraße zu verbessern, damit die Rückstauungen sich

nicht soweit darstellen. Frau Wahl-Schwentker habe zu Recht darauf hingewiesen, dass es Unwillen gebe, dass Nötige zu tun, um die Stadt aus der Bredouille zu holen. Es hätte alles vermieden werden können, wenn die 21 Punkte des ersten Luftreinhalteplanes erfüllt worden wären. Für die Bezirksvertretung Mitte stelle die CDU-Fraktion folgenden Antrag (Drs-Nr.: 10225/20142020):

1. *Die Beschlussvorlage Drs.-Nr.: 10157/2014-2020 wird zur Kenntnis genommen.*
2. *Der Beschlussvorschlag der Verwaltung wird aufgrund der freiwilligen Abgabe des verfassungsrechtlich garantierten Selbstverwaltungsrechtes der Gemeinde auf unbestimmte Zeit an das Land und die Umwelthilfe, der Nichtberücksichtigung der tatsächlichen Messdaten und der Unvergleichbarkeit der Situation in Bielefeld mit den Städten, die sich dem Vergleichsvorschlag unterworfen haben, abgelehnt.*

Zur Begründung führt er aus, dass sich die Stadt Bielefeld, wie in der Vergangenheit, darum bemühen werde, durch geeignete Maßnahmen die Lebensqualität zu sichern bzw. zu erhöhen. Dazu habe es bisher weder einer unmittelbaren Steuerung durch das Land und erst Recht nicht einer Umwelthilfe bedurft. Die tatsächlichen Messdaten widersprechen eindeutig der aus dem Beschlussvorschlag hervorgehenden Annahme, dass die Stadt unfähig sei, in Eigenverantwortung das Notwendige zu tun. Die in der Beschlussvorlage enthaltene Gängelbandpolitik auf unbestimmte Dauer signalisiere den Glauben derer, dass es ihr nur noch über die dauerhafte Entmündigung der gesamten Politik möglich sei, ihre ureigenen Interessen und Vorstellungen durchzusetzen. Eine Zustimmung zu dem vorgeschlagenen Vergleich bedeute also eine vollständige Entmündigung der Politik. Anscheinend werde ersehnt, dass die Umwelthilfe zukünftig die „erwünschte Arbeit" macht. Man könne nur vorschlagen, den Beschlussvorschlag abzulehnen und damit die Freiheit der Stadt Bielefeld zu behalten. Er bitte um Zustimmung für den eingereichten Antrag.

Herr Franz bezieht sich auf die Behauptung, dass man keine Veränderungen in der Verkehrsstruktur der Stadt brauche, weil die Grenzwerte unterschritten seien. Auch im Verhältnis zu anderen Städten böte Bielefeld ein besseres Bild. Er weise jedoch darauf hin, dass die gesunkenen Emissionswerte auf dem Jahnplatz im direkten Zusammenhang mit dem dort durchgeführten Verkehrsversuch stehen. Die gesunkenen Grenzwerte seien ein Hinweis dafür, dass mit einer Umstrukturierung im Verkehr dieser Stadt die Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger verbessert werden könne. Der Umbau des Jahnplatzes sei ein wesentlicher Punkt des Maßnahmenpaketes. Ohne Umstrukturierung und Veränderung im Mobilitätsverhalten werde es zu einem Stillstand in dieser Stadt kommen. Es müsse zu Reduktionen im Individualverkehr kommen, damit der ÖPNV und der Radverkehr ausgebaut werden können. Seine Fraktion könne dieser Vorlage nur zustimmen.

Für Herrn Gugat seien die Beiträge von CDU und FDP lediglich als Umdeutungen der Sachlage anzusehen. Vorschläge, wie eine „grüne Welle" und Umleitungen seien sicher nicht falsch, aber nicht zielführend. P+R sei in 2015 sehr intensiv untersucht worden. 5000 Plätze würden 50 Mio. € kosten. Dieses werde nur eine Nischenlösung sein, weil das Geld nicht vorhanden sei. Man sei nicht irgendwelchen Fördergeldern hinterherge-

laufen. Man habe vom Fördergeber die Maximalförderung erhalten, weil es sich um ein herausragendes Projekt handele.

Herr Moss betont, dass man das Vergleichsverfahren nicht pro aktiv initiiert habe. Das Land NRW habe das Ziel vorgegeben, mit der DUH flächendeckend für alle beklagten Kommunen im Vergleichsverfahren eine Lösung zu erzielen. Im Zuge der Aufstellung der Luftreinhaltepläne seien die Bezirksregierungen angehalten gemeinsam mit der jeweiligen betroffenen Kommune einen Maßnahmenkatalog zu entwickeln. Wenn man als Kommune nicht mitarbeite, könne die Bezirksregierung eigenverantwortlich Maßnahmen festsetzen, die sie für geeignet halte. Man möchte zukünftig Multimobilität anbieten, wo der Nutzer frei entscheiden kann, womit er sich fortbewegt und ob er zwischen den Mobilitätsarten wechselt. Man möchte vernünftige Angebote schaffen und eine Bewusstseinsänderung herbeiführen.

Die nun folgende Abstimmung wird durch die Vorsitzenden der jeweiligen Gremien durchgeführt.

Herr Franz lässt die Bezirksvertretung Mitte zunächst über den Änderungsantrag (Drucks.-Nr.: 10225/2014-2020) der CDU-Fraktion abstimmen.

Beschluss:

1. **Die Beschlussvorlage Drs.-Nr.: 10157/2014-2020 wird zur Kenntnis genommen.**
2. **Der Beschlussvorschlag der Verwaltung wird aufgrund der freiwilligen Abgabe des verfassungsrechtlich garantierten Selbstverwaltungsrechtes der Gemeinde auf unbestimmte Zeit an das Land und die Umwelthilfe, der Nichtberücksichtigung der tatsächlichen Messdaten und der Unvergleichbarkeit der Situation in Bielefeld mit den Städten, die sich dem Vergleichsvorschlag unterworfen haben, abgelehnt.**

- bei 10 Gegenstimmen mit Mehrheit abgelehnt -

-.-.-

Über die Beschlussvorlage der Verwaltung fassen die Gremien folgenden

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Mitte, der Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz sowie der Stadtentwicklungsausschuss empfehlen dem Rat folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat der Stadt Bielefeld stimmt dem Abschluss eines Vergleiches zwischen dem Land Nordrhein-Westfalen und der Deutschen Umwelthilfe auf der Basis des in der Anlage 1 beigefügten Entwurfes zu und erklärt sich damit einverstanden, dass das erarbeitete Maßnahmenpaket (Anlage 2) in die Vergleichsverhandlungen vor dem Oberverwaltungsgericht NRW eingebracht wird.

Bezirksvertretung Mitte:

dafür: 11 Stimmen
dagegen: 5 Stimmen
- mit Mehrheit beschlossen -

-.-.-

Ausschuss für Umwelt- und Klimaschutz:

dafür: 8 Stimmen
dagegen: 7 Stimmen
- mit Mehrheit beschlossen -

-.-.-

Stadtentwicklungsausschuss:

dafür: 9 Stimmen
dagegen: 7 Stimmen
- mit Mehrheit beschlossen -

-.-.-

Fortmeier
Vorsitzender Stadtentwicklungsausschuss

Julkowski-Keppler
Vorsitzender Ausschuss für Umwelt- und Klimaschutz

Franz
Bezirksbürgermeister

Ostermann
Schriftführerin